Zu I02: Der 9. Landesparteitag, 3. Tagung, beschließt die Zeilen 7-33 und überweist die Zeilen 35-199 an den Landesausschuss.

Beschlusstext:

Mehr Geld für die Kommunen statt weniger

Für eine sozialistische Kommunalpolitik

Die Linke kämpft gegen kommunale Kürzungen

Wir schlagen den Kreis- und Ortsverbänden vor **Bündnisse gegen kommunale Kürzungen** aufzubauen und dafür ver.di und die anderen DGB-Gewerkschaften, Mieter:inneninitiativen, Beschäftigte von sozialen Einrichtungen der Stadt und der Freien Träger, Elterninitiativen, Migrant:innenorganisationen, Geflüchtetenorganisationen, Haupt- und Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe, Sportvereine, Kultureinrichtungen – alle von Kürzungen Betroffenen zu gewinnen. Diese Bündnisse aus Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen können mit Flyern und über soziale Medien die geplanten Angriffe auf kommunale Ebene aufgreifen und dagegen Protestkundgebungen bei Gemeinderatssitzungen vor den Rathäusern organisieren. In regelmäßigen Bündnistreffen können Informationen ausgetauscht werden, Diskussionen organisiert und demokratische Entscheidungen über die Kampagne und Kampfschritte beschlossen werden. Mitglieder von Die Linke und ihre Abgeordneten können und sollten eine aktive Rolle beim Aufbau des Widerstands gegen kommunale Kürzungen spielen und dabei antikapialistische und sozialistische Ideen verbreiten.

Das Landesbüro der Linken stellt Ressourcen zur Verfügung um den Kampf gegen kommunale Kürzungen zu unterstützen und zu vernetzen. Die Linke unterstützt die Demonstrationen von ver.di in Baden Württemberg am 8. November gegen kommunale Kürzungen, mobilisiert dafür und produziert im Sinne dieses Antrags einen Flyer für dieses Demonstrationen.